

Jahresberichte des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, 1930-1947, [SLB V Schweiz 1405]

Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre.../ erstattet vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins Zählung: 1878-1965 ; 1966. Zürich: Vorort des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins (= Jahresberichte des Vororts). [In Schweizerischer Landesbibliothek vorhanden.]

JAHRESBERICHTE DES VORORTS DES SCHWEIZERISCHEN HANDELS- UND INDUSTRIEVEREINS, 1930-1947, [SLB V SCHWEIZ 1405].....	1
BERICHT ÜBER HANDEL UND INDUSTRIE DER SCHWEIZ IM JAHRE.../ ERSTATTET VOM VORORT DES SCHWEIZERISCHEN HANDELS- UND INDUSTRIEVEREINS ZÄHLUNG: 1878-1965 ; 1966. ZÜRICH: VORORT DES SCHWEIZ. HANDELS- UND INDUSTRIE-VEREINS (= JAHRESBERICHTE DES VORORTS). [IN SLB VORHANDEN.]	1
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 61. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1930/31 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	2
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 62. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1931/32 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	3
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 63. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1932/33 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	4
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 64. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1933/34 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	5
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 65. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1934/35 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	5
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 66. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1935/36 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	6
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 67. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1936/37 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	7
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 68. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1937/38 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	7
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 69. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1938/39 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	9
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 70. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1939/40 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	10
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 71. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1940/41 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	12
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 72. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1941/42 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	14

SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 73. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1942/43 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	14
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 74. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1943/44 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	15
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 75. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1944/45 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	17
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 76. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1945/46 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	18
SCHWEIZERISCHER HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN, 77. JAHRESBERICHT UND MITTEILUNGEN ÜBER DIE VOM VORORT IM VEREINSJAHR 1946/47 BEHANDELTEN GESCHÄFTE, ERSTATTET VOM VORORT AN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG.....	19

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 61. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1930/31 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Wichtig im Jahr 1930 sind die im Rahmen des Völkerbundes organisierten Wirtschaftskonferenzen, welche auf multilateraler Ebene einen „Zollwaffenstillstand“ zu verabschieden suchten. Nachdem aber am 1.11. 1930 nur gerade Belgien, Dänemark, Finnland, Grossbritannien, Lettland, Norwegen, Schweden und die Schweiz diese Übereinkunft ratifiziert hatten, wurde das Inkrafttreten vertagt. Zwischen dem 16.-18. März fand eine dritte Welthandelskonferenz in Genf statt, welche allerdings ebenfalls scheiterte. Von da an betrachtete der Vorort die Zollfrage auf multilateraler Ebene als gescheitert, was er sehr bedauerte.¹

Ausserdem bedauerte er die Erhöhung des US-amerikanischen Zolltarifs. Am 31. Mai 1930 verabschiedete die DV des Vororts eine Resolution, in der die Delegierten die Schutzpolitik der USA entschieden ablehnten und erklärten, dass schweizerische Importwaren inskünftig auf andere Gebiete verlegt werden müssten.²

Am 18. Juni 1930 trat die neue Hawley-Smoot-Bill in Kraft. Der Vorort prüfte mit seinen Sektionen, Ausnahmen gegenüber dem protektionistischem US-amerikanischen Zolltarif durchzusetzen.

Interessant scheint mir weiter die positive Einstellung des Vororts zum Memorandum Briand, das auf eine europäische Union, d.h. eine stärkere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Europa abzielt. Gerade aus der Enttäuschung gegenüber der protektionistischen Zollpolitik der USA scheint der Vorort in einer verstärkten

¹Vorort, 61. Jahresbericht, S. 21.

²Resolution, abgedruckt in: Vorort, 61. Jahresbericht, S. 22.

Europäisierung der Wirtschaft Chancen zu sehen und empfiehlt deshalb dem Bundesrat, auf das Memorandum Briand einzutreten.³

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 62. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1931/32 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Handelsbeziehungen

Im 62. Jahresbericht sind die verschiedenen importbeschränkenden Massnahmen, v.a. Frankreichs, Italiens, Polens, die Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages, sowie die deutsche Bankenkrise und der Übergang zur Devisenzwangswirtschaft in Deutschland und Österreich das Hauptthema des Kapitels Handelspolitik.⁴

Die Frage der Exportkredit-/ Exportrisikoversicherung (ERG) wurde anlässlich der 110. Sitzung der Schweizerischen Handelskammer, am 26.06.1931, vorgelegt. Der Vorort war der Ansicht, dass eine Versicherung nur vom Staat erbracht werden könne, da die privaten Versicherer oder Banken kaum eine solches Risiko in Kauf nehmen würden. Der Vorort beschloss, die Frage der ERG dem Verein schweizerischer Maschinenindustrieller und dem Bundesrat, bzw. dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, zu überlassen.⁵

Finanzbeziehungen

Weitere Themen waren die Verhandlungen mit Österreich und Ungarn über den Abschluss eines Devisenabkommens im Oktober/November 1931. Das Abkommen mit Ungarn trat am 1.12.1931, dasjenige mit Österreich am 10.12.1931 in Kraft. Im Abkommen mit Österreich wurden 1/3 für die Finanzschulden, im Abkommen mit Ungarn der gesamte Betrag für den Warenhandel vorgesehen. Beide Abkommen, so der Vorort, funktionierten aber sehr schlecht.⁶

Weitere „Sorgenländer“ mit Devisenproblemen: Bulgarien, Jugoslawien, Spanien, Tschechoslowakei, Griechenland, Chile.

Am 21. September 1931 beschloss das englische Parlament die Aufhebung des Goldstandards in England, was für die schweizerischen Exportindustrien einen schweren Schlag bedeutete. Die Abwertung des englischen Pfundes innerhalb nur eines Monats um 32%, was vor allem in konkreten Geschäften mit englischen Partnern oder mit Drittstaaten, welche in englischer Währung vereinbart worden waren, für schweiz. Firmen zu Verlusten führte.

³Vorort, 61. Jahresbericht, S. 26ff.

⁴Vorort, 62. Jahresbericht, S. 27ff.

⁵Vorort, 62. Jahresbericht, S.67f.

⁶Vorort, 62. Jahresbericht, S. 76ff.

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 63. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1932/33 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Handelsbeziehungen

In diesem Bericht taucht zum ersten Mal die Formulierung auf, dass durch handelspolitische Massnahmen die „Einfuhrschutzmassnahmen in den Dienst der Ausfuhr“ zu stellen seien.⁷ Am 19. Juli 1932 konnte mit Deutschland ein provisorisches Abkommen geschlossen und damit der vertragslose Zustand vorläufig überwunden werden.

Es wird weiter beklagt, dass der schweiz. Export von 2 Mia. Franken auf 1.3 Mia. Franken 1932 zurückgegangen war.⁸ Der Vorort unterstützt jetzt aber die Kompensations- und Clearingpolitik, welche die Bezahlung schweizerischer Exporte erleichtern würden.⁹ Zum ersten Mal thematisiert der Vorort am Beispiel der Buttereinfuhr, d.h. der unterbundenen Buttereinfuhr aus Dänemark, dass damit die Exportchancen nach Dänemark wesentlich leiden würden. Er gibt deshalb zu bedenken, dass importschützende Massnahmen nur noch unter Berücksichtigung der Exportchancen ergriffen werden sollten.¹⁰ Der Vorort kommt mit den (protektionistischen) Interessen der Landwirtschaft in Konflikt. Der Vorort appellierte deshalb an den Bundesrat, den Forderungen der Landwirtschaft für die Drosselung der Einfuhren aus Clearingländern nicht nachzugeben (v.a. südeuropäische Länder).¹¹

Eine weitere Welthandelskonferenz sollte 1933 in London stattfinden. Der Vorort begrüsst zwar die weltweiten Bemühungen um eine Wiederherstellung „normaler“ Währungsverhältnisse. Er argumentierte, dass das handelspolitische Instrumentarium erst wieder abgebaut werden könne, wenn die Währungsverhältnisse sich stabilisiert hätten. Er hat aber jetzt die Hoffnung definitiv aufgegeben, dass auf pluri- oder multilateralem Weg noch eine Verständigung herbeigeführt werden könne und plädierte deshalb aus Effizienzgründen für den Bilateralismus.¹²

⁷Vorort, 63. Jahresbericht, S. 30

⁸Vorort, 63. Jahresbericht, S. 37.

⁹Vorort, 63. Jahresbericht, S. 38.

¹⁰Vorort, 63. Jahresbericht, S. 38, vgl. auch die Botschaft des Bundesrates vom 25. Oktober 1932 über eine Erweiterung der Bundeshilfe für die schweizerischen Milchproduzenten, BBl??.

¹¹Vorort, 63. Jahresbericht, S. 39.

¹²Vorort, 63. Jahresbericht, S. 41.

Finanzbeziehungen

Wiederum beklagt sich der Vorort, dass die Clearingabkommen zugenommen und die Arbeit kompliziert geworden sei. Mittlerweile waren Abkommen mit Österreich, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Griechenland in Kraft.¹³

Betreffend einer Eingabe der Schweiz. Bankiervereinigung kritisierte der Vorort gegenüber dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, dass die Interessen der Finanzgläubiger aus Exportinteressengründen zurückzustellen seien. Nur bei Überschüssen im Clearing sei an die Befriedigung der Finanzgläubiger zu denken.¹⁴

Neu wurde unter dem Vorsitz der SNB eine Clearingkommission, bestehend aus SNB, EPD, EVD, SBVg, Vorort und SZH gebildet.¹⁵

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 64. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1933/34 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Der Einführung der Exportrisikogarantie stimmte die Schweiz. Handelskammer vor allem aus Rücksicht auf die kritische Lage in der Maschinenindustrie zu.¹⁶ Sie lehnte aber staatliche Exportzuschüsse ab.

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 65. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1934/35 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Handelsbeziehungen

Die weltwirtschaftliche Not und der weitere Rückgang der Exporttätigkeit (Gesamtexport 1934: 692 Mio. Franken), veranlasste den Vorort zu einer mehrseitigen Eingabe an den Bundesrat.¹⁷

Positiv beurteilte der Vorort, dass die Behörden mit den USA im Berichtsjahr Verhandlungen aufgenommen hatten. Ansonsten beurteilte er die Verhältnisse eher pessimistisch.

¹³Vorort, 63. Jahresbericht, S. 81. Auf den folgenden Seiten werden die einzelnen Abkommen und die Schwierigkeiten ausführlich erläutert.

¹⁴Vorort, 63. Jahresbericht, S. 88.

¹⁵Vorort, 63. Jahresbericht, S. 89.

¹⁶Vorort, 64. Jahresbericht, S. 49.

¹⁷Vorort, 65. Jahresbericht, S. 3ff.

Finanzbeziehungen

Mit folgenden Staaten bestanden Clearingabkommen:

Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Türkei, Argentinien, Chile.¹⁸

Der Abschluss eines Verrechnungsabkommens mit Deutschland am 26. Juli 1934 machte die Schaffung einer Verrechnungsstelle notwendig, um die SNB zu entlasten.¹⁹

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 66. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1935/36 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Die Bedeutung des Clearingverkehrs wird erstmals bereits im Vorwort erwähnt, da mittlerweile seit der Einführung 1931 683 Mio. (wovon Deutschland 508 Mio.) ausbezahlt worden seien.²⁰ Der Vorort schreibt weiter, dass der Verrechnungsverkehr mit Deutschland „derjenige Clearing (ist), der in der Öffentlichkeit am meisten von sich reden macht.“

Der Vorort bedauerte weiterhin den Clearingverkehr, v.a. mit Italien, mit Ungarn und den Balkanstaaten: „Der Clearingverkehr mit Ungarn und mit den Balkanstaaten hat auch im abgelaufenen Vereinsjahr mit wenigen Ausnahmen fortgesetzt nur Schwierigkeiten gebracht.“²¹

Handelsbeziehungen

Positiv wurde der Vertragsabschluss mit den USA, am 15.2. 1936, gewürdigt (Meistbegünstigungsklausel). Die Schweiz gehörte zu den ersten Staaten, welche mit den USA nach der Lockerung der Schutzklauseln (Hawley-Smoot-Bill) wieder in Verhandlungen traten.²²

Im Clearingverkehr war neu, dass der Vorort seine „Clearingkommission“ ausbaute und zusätzlich Länderkommissionen schuf. Länderausschüsse wurden bestellt für:

Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland, Türkei, Chile. Als Geschäftsstelle für alle Ausschüsse amtierte die SZH. Diese Ausschüsse behandelten die Fragen zu Handen des Vororts, der wiederum die Interessen gegenüber den Behörden vertrat.²³

¹⁸Vorort, 65. Jahresbericht, S. 64. Auf den folgenden Seiten werden die einzelnen Abkommen und die Schwierigkeiten ausführlich erläutert.

¹⁹Vorort, 65. Jahresbericht, S. 74.

²⁰Vorort, 66. Jahresbericht, S. 8.

²¹Vorort, 66. Jahresbericht, S. 10.

²²Vorort, 66. Jahresbericht, S. 21.

²³Vorort, 66. Jahresbericht, S. 26.

Interessant scheint mir auch, dass der Vorort in diesem Jahresbericht zum ersten Mal die Clearingfragen nicht mit im Abschnitt „Finanz- und Steuerwesen“, sondern im Teil C „Zollwesen“ abhandelt.

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 67. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1936/37 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

In diesem Jahresbericht erwähnt der Vorort zwar die Wünschbarkeit der Umstellung des Exports auf Länder mit freiem Zahlungsverkehr. Denn nach der Abwertung seien insbesondere die Exporte nach den USA (110%), Belgien und Holland (77, bzw. 76%) und Schweden (57%) gesteigert worden (Zahlen gemäss Periode 1.10.36-31.03.37 gegenüber der Vorjahresperiode).²⁴ Dennoch argumentiert der Vorort, dass den schweizerischen Clearingpartnern jetzt nicht die Unterstützung versagt werden sollte. Der Vorort erhoffte sich, dass die Länder mit Devisenbewirtschaftung mittelfristig wieder die autonomen Massnahmen beseitigen könnten, den Clearingverkehr aufheben und sich damit die Frage der Umstellung von selbst erledigen würde. Ausserdem argumentierte der Vorort, dass die Märkte, welche zu einem hohen Preis erobert worden seien (v.a. Osteuropa), jetzt nicht wieder sofort aufgegeben werden sollten.²⁵

Es sind jetzt zum ersten Mal keine Klagen mehr über das schlecht funktionierende Clearing festzustellen.

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 68. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1937/38 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Positive Stimmen über die Exporttätigkeit sind zu vernehmen, im Jahr 1937 konnte der Export um 21%, bzw. 46% (wertmässig) gegenüber 1936 gesteigert werden, was der Vorort auf die Frankenabwertung und auf die Besserung der Weltwirtschaftskonjunktur zurückführte.²⁶

Der Welthandel sei wieder auf dem Stand von 1929, der internationale Güteraustausch konnte im Jahr 1937 mengenmässig um 13% gesteigert werden. Der Vorort bemerkte, dass vor allem Produktionsgüter (Maschinen) international gehandelt werden. „Das mag einesteils mit der jetzt in allen Staaten eingesetzten Aufrüstung zusammenhängen (Maschinen), aber doch wohl auch mit der Politik der neuindustriellen Länder, die die Einfuhr von Fabrikaten zugunsten

²⁴Vorort, 67. Jahresbericht, S. 17f.

²⁵Vorort, 67. Jahresbericht, S. 17f.

²⁶Vorort, 68. Jahresbericht, S. 7.

neuer nationaler Industrien unterbinden.“²⁷ Die acht wichtigsten Gläubigerländer (Grossbritannien, Irland, USA, Frankreich, Holland, Belgien, Schweden und die Schweiz) konnten ihren Einfuhrüberschuss von 1860 Mio. im Jahr 1934 auf 3137 Mio. Dollar im Jahr 1937 steigern.²⁸

Zum ersten Mal wird auch das Problem reflektiert, dass die „totalitären“ Staaten ihre massiven Interventionen in die Regulierung des Güter- und Zahlungsverkehrs aus politischen Motiven betrieben und sich den Abbauforderungsplänen (etwa der Internationalen Handelskammer) widersetzen würden. „Für diese Länder ist das wirtschaftliche Regime ein wesentlicher Bestandteil des politischen Systems geworden und lässt sich auf dem Boden rein wirtschaftlicher Auseinandersetzungen nicht ändern.“²⁹

Handelsbeziehungen

Positiv wird der Abschluss eines Handelsvertrages mit Grossbritannien gewürdigt, der den bestehenden Vertrag von 1855 ersetzte.³⁰ Grossbritannien setzte schon während des Ersten Weltkriegs die Zölle hinauf, errichtete dann 1932 ein „ausgebautes Schutzzollsystem“. Der Vorort bemerkt dazu, dass der Völkerbund weltwirtschaftlich versagt habe.³¹

Als völlig unproblematisch wird auch der Anschluss Österreichs kommentiert. „Zu Verhandlungen über Zollfragen wird sodann der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich führen.“³²

Finanzbeziehungen

Clearingverhandlungen wurden 1937 mit Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und mit der Türkei geführt. Dabei wurden die Länderausschüsse zugezogen, das Sekretariat der Clearingkommission des Vororts besorgte weiterhin die Schweiz. Zentrale für Handelsförderung.³³ Mit Deutschland wurde im Abkommen vom 30. Juni 1937 das Hypothekensystem eingeführt, sodass „neu die Einnahmen quotenmässig unter die verschiedenen Gruppen verteilt werden“.³⁴

Die Ausführungen zum Clearingverkehr wurden immer ausführlicher. Bemerkungen finden sich zu allen Ländern, mit denen die Schweiz den Clearingverkehr vereinbart hatte:

²⁷Diesen Prozess der nachholenden Industrialisierung nennt man in der Literatur auch „Importsubstitution“, in den 1930er Jahr vor allem Länder in Lateinamerika. Vgl. Vorort, 68. Jahresbericht, S. 11.

²⁸Vorort, 68. Jahresbericht, S. 11.

²⁹Vorort, 68. Jahresbericht, S. 12.

³⁰Vorort, 68. Jahresbericht, S. 29.

³¹Vorort, 68. Jahresbericht, S. 30.

³²Vorort, 68. Jahresbericht, S. 30.

³³Vorort, 68. Jahresbericht, S. 33.

³⁴Vorort, 68. Jahresbericht, S. 33.

Deutschland, Italien Spanien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, Türkei, Chile, Argentinien, Brasilien, Uruguay und Iran.³⁵

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 69. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1938/39 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Mittlerweile, d.h. im Jahr 1938, wurden 51% der Einfuhr und 41% der schweizerischen Ausfuhr über bilaterale Clearing- Kompensations- oder Zahlungsabkommen abgewickelt (Argentinien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Estland, Griechenland, Deutschland, Iran, Italien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Polen, Protektorat Böhmen und Mähren, Rumänien, Russland, Slowakei, Türkei, Ungarn und Uruguay).³⁶

Der Vorort meint, dass sich die Umlagerung der schweizerischen Ausfuhr auf Länder mit freiem Zahlungsverkehr nicht verwirklichen lasse. Er argumentiert mit der geografischen Nähe und der „gegenseitigen Ergänzung“.³⁷ Der Vorort begrüsst deshalb auch die behördlichen Anstrengungen, den Verkehr mit den „gebundenen Märkten“ zu intensivieren. Der Vorort war denn überzeugt, dass die Schweiz auch die Einfuhr aus den Staaten mit gebundenem Zahlungsverkehr intensivieren müsse.³⁸

Handelsbeziehungen

Grosses Gewicht schreibt der Vorort dem Abschluss eines amerikanisch-britischem Handelsvertrag zu, der durch die Meistbegünstigungsklausel auch Auswirkungen auf den schweizerisch-britischen und schweizerisch-amerikanischen Handel habe.³⁹

Eine aussenhandelspolitische Konzeption findet sich in einer Eingabe des Vororts an die Handelsabteilung im Jahr 1938. Die Handelsabteilung versuchte offenbar, das Reziprozitätsprinzip stärker zur Anwendung zu bringen (was steckt dahinter genau?). Der Vorort plädierte in seiner Eingabe insbesondere für den Abbau der Einfuhrhindernisse (Kritik an die Adresse der Landwirtschaft).⁴⁰ Der Vorort wandte sich auch gegen eine Zentralisierung der Ausfuhrorganisationen. Offenbar bestand schon ein Netz zwischen den Experten der Clearing-Ausschüsse, Einkaufsorganisationen in den betreffenden Clearingländern sowie Einfuhrorganisationen (Beispiel Ungarn).⁴¹

³⁵Vorort, 68. Jahresbericht, S. 33-59.

³⁶Vorort, 69. Jahresbericht, S. 14.

³⁷Vorort, 69. Jahresbericht, S. 14.

³⁸Vorort, 69. Jahresbericht, S. 15.

³⁹Vorort, 69. Jahresbericht, S. 33f.

⁴⁰Vorort, 69. Jahresbericht, S. 38ff.

⁴¹Vorort, 69. Jahresbericht, S. 40.

Der Vorort unterstützte zwar die Forderung, vermehrt Handelsbeziehungen mit Ländern mit freiem Devisenverkehr zu pflegen. Deshalb lehnte der Vorort in seiner Eingabe an die Handelsabteilung die Schaffung spezieller Organisationen in Länder mit freiem Devisenverkehr ab: „Das organisatorische Problem spielt übrigens nur eine untergeordnete, wenn auch durchaus zu beachtende Rolle.“⁴²

Im Clearingverkehr, so stellte der Vorort für das Jahr 1938 fest, konnte der Einfuhrüberschuss gesteigert werden: 1938 betrug der Einfuhrüberschuss des gesamten Aussenhandels der Schweiz 290.3 Mio. Fr., davon fielen auf die Clearingländer 223.2 Mio. Franken, was 76,9% entsprach (zum Vergleich: im Jahr 1937 betrug der Einfuhrüberschuss aus den Clearingländern noch 58.6%).⁴³

Dennoch kommt der Vorort in einer Analyse über die Vorkrisenzeit zum Schluss, dass die Entwicklung nach der Abwertung eher für die devisenfreien Länder günstig sei, d.h. also, dass der Exportaufschwung in Länder mit devisenfreiem Verkehr nach 1937 stärker verlaufen war als in die Clearingländer.⁴⁴ (*Was heisst das jetzt konkret, der Vorort scheint sich nicht für eine Strategie entscheiden zu können, ob er den Export in Länder mit gebundenem oder freiem Verkehr fördern solle. Diskussionen in der Schweizerischen Handelskammer der Jahre 1936-1939 könnten ev. Aufschluss geben*⁴⁵.)

Die Exportrisikoversicherung des Bundes kam laut Vorort v.a. der Maschinenindustrie zu Gute, wobei es sich um Staaten wie Russland, Clearingländer und Südamerika, „wo die Währungs-, Transfer- und Moratorienrisiken eine besondere Rolle spielen“, handelte.⁴⁶

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 70. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1939/40 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Die Arbeitslosenzahlen waren Ende März 1940 wieder auf dem Niveau von 1930. Kritisch war die Situation aber weiterhin in der Uhrenindustrie. Auch im Export zeigte sich, dass die Ausfuhr von Uhren und Uhrenbestandteilen unbefriedigend war, während vor allem die Instrumente und Apparate, die Chemikalien, Teerfarben und Pharmazeutika eine „erfreuliche Steigerung des Ausfuhrwertes“ erreichten. Vor allem der Tourismus erlitt aber aufgrund der internationalen Spannungen Einbussen von ungefähr 40%.⁴⁷

⁴²Vorort, 69. Jahresbericht, S. 41.

⁴³Vorort, 69. Jahresbericht, S. 41.

⁴⁴Vorort, 69. Jahresbericht, S. 44.

⁴⁵ Keine Diskussionen feststellbar in den Protokollen der Schweiz. Handelskammer, evt. fanden diese Debatten innerhalb der Clearing-Kommission des Vororts direkt statt.

⁴⁶Vorort, 69. Jahresbericht, S. 104.

⁴⁷Vorort, 70. Jahresbericht, S. 8.

Handelspolitik

Frankreich erklärte zu Beginn des Krieges, dass handelspolitische Verpflichtungen nicht mehr gelten würden. Insbesondere nicht lebenswichtige Exportgüter gerieten dabei unter Druck, so z.B. der schweizerische Export von Uhren, Stickereien, Seidengewebe, Hutgeflechte, Käse usw.⁴⁸

Ebenfalls erliess Grossbritannien verschiedene Regelungen, die sich einfuhrhemmend v.a. für Luxusgüter auswirken sollen, so für Uhren, Seidenstoffe, und -bänder, Stickereien, Schuhe und Hutgeflechte.⁴⁹

Als wichtiger Ersatzmarkt schweizerischer Exportartikel erwies sich Lateinamerika, insbesondere Argentinien.⁵⁰

Zollpolitik und Einfuhrbeschränkungen

Interessant ist, dass mit Ausbruch des Krieges die Publikation der Handelsstatistik verboten wurde. „Mit der Sistierung der Publikation der Handelsstatistik sollte daher nicht nur die unter den heutigen Verhältnissen inopportune öffentliche Diskussion über Einzeldaten der Aussenhandelsbewegung vermieden, sondern gleichzeitig verhindert werden, dass diese Zahlen der ausländischen Konkurrenz in die Hände gelangen.“⁵¹ Der Vorort erhielt aber weiterhin die Zahlen, welche er auch seinen Sektionen weiterleitete.⁵²

Weitere Kriegswirtschaftliche Massnahmen

Das Dispensationswesen funktionierte anfänglich ziemlich schlecht. Das Verfahren wurde insofern verfeinert, als die Sektion für Evakuationen und Dispensationen nicht nur auf Grund eines militärischen sondern auch eines wirtschaftlichen Gutachtens über die Dispensgesuche entschied.⁵³

Die Kriegstransportrisiko-Versicherung war schon vor dem Krieg vorbereitet worden, sodass sie Ende August 1939 in Kraft gesetzt werden konnte. Auch hier spielte der Vorort eine wichtige Rolle. Die Versicherung war zwar privat organisiert, die Schadensumme wurde allerdings durch den Bund gedeckt, eine Massnahme, welche 1940 noch nicht eintraf.⁵⁴

⁴⁸Vorort, 70. Jahresbericht, S. 30f.

⁴⁹Vorort, 70. Jahresbericht, S. 31.

⁵⁰Vorort, 70. Jahresbericht, S. 32.

⁵¹Vorort, 70. Jahresbericht, S. 61.

⁵²Vorort, 70. Jahresbericht, S. 61.

⁵³Vorort, 70. Jahresbericht, S. 92.

⁵⁴Vorort, 70. Jahresbericht, S. 93.

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 71. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1940/41 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Anerkennend hebt der Vorort die tiefe Arbeitslosenquote hervor. Neu wird jetzt auf die ungenügende Einfuhr verwiesen, insbesondere im Sommer 1940, nach dem Fall Frankreichs und dem Kriegseintritt Italiens.⁵⁵ Der Tourismus erlebte einen Rückgang um 25%. Auch das Automobilgewerbe litt unter dem Treibstoffmangel.

Der Einfuhrmangel wird aber auch in einen direkten Zusammenhang mit dem Export gestellt. „Der Verkehr mit der Welt sichert ihr [der Schweiz] schliesslich auch die Beschäftigung.“⁵⁶

Von einem Paradigmawechsel beinahe spricht der Vorort in der Handelspolitik in der Folge des Kriegsausbruchs: „Seit Kriegsausbruch steht nicht mehr die Einfuhr im Dienste der Ausfuhr, und die Devisenbewirtschaftung, welche sich seit 1930 zu einem weit verbreiteten Übel auswuchs, ist nicht mehr in gleicher Weise wie früher ein Exporthindernis. Das neumerkantilistische Streben nach einer möglichst grossen Ausfuhr bei gleichzeitiger Drosselung der Einfuhr wurde abgelöst durch ein ungestümes Streben nach einer möglichst umfangreichen Einfuhr von kriegswirtschaftlich wichtigen Gütern, wobei zugleich die Ausfuhr solcher Güter nur soweit gestattet wird, als dies zu Kompensation der Einfuhr notwendig erscheint.“⁵⁷

Infolge der Rohstoffknappheit hätte auch die Exportfähigkeit abgenommen. Zusätzlich kamen Hindernisse des Transportes hinzu: "Die Niederlage Frankreichs sowie der Eintritt Italiens und der Einbezug Griechenlands in den Krieg wirkten sich auf unsere Wirtschaft vor allem wegen der damit verbunden Verschärfung der Zufuhrschwierigkeiten verhängnisvoll aus. Eine weitere Benützung der für den Aussenhandel wichtigen französischen Häfen wurde unmöglich, und auch der Transitverkehr auf den französischen Bahnen stockte längere Zeit vollständig.“⁵⁸

Positiv äusserte sich der Vorort auch zum multilateralen Clearing. "Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten im internationalen Verkehr war es selbstverständlich, das neue Institut des multilateralen Clearings mit aller Unvoreingenommenheit und Sorgfalt auf seine praktische Möglichkeiten hin zu überprüfen. Die Schwäche des zweiseitigen Clearings ist lange genug bekannt, als dass sich der menschliche Geist nicht angestrengt hätte, darüber hinwegzukommen.“⁵⁹ Der Vorort begrüsst deshalb die Organisation einer Zentrale für ein mehrseitiges Clearing in Berlin: "Und daran fehlte es bisher für eine mehrseitige Verrechnung im internationalen Zahlungsverkehr. Jede Idee braucht ihre Reife, und da das Clearing im

⁵⁵ Vorort, 71. Jahresbericht, S. 8.

⁵⁶ Vorort, 71. Jahresbericht, S.11.

⁵⁷ Vorort, 71. Jahresbericht, S. 12.

⁵⁸ Vorort, 71. Jahresbericht, S. 13.

⁵⁹ Vorort, 71. Jahresbericht, S. 14.

internationalen Zahlungsverkehr noch eine junge Institution ist, bedurfte es einiger Zeit dazu. Das Umsichgreifen der Devisenrestriktionen – die Schweiz mit ihrem freien Devisenverkehr verkörpert auch hier eine Insel – hat den Reifeprozess beschleunigt. Auch jetzt bedurfte es indessen der Initiative. Kein Staat war dazu besser befähigt als Deutschland; denn in keinem Land laufen so viele Clearingabmachungen zusammen wie in Deutschland, und keines des sich des Clearings bedienenden Länder kann wohl grössere Umsätze aufweisen als Deutschland."

"Wenn einmal die Zentrale für die Abwicklung eines multilateralen Clearings steht –und in Berlin stand sie fertig da – ist seine technische Durchführung eine sehr einfache Sache. Es bedarf überhaupt sozusagen keiner neuen Anlagen. Alles ist schon vorhanden."⁶⁰ Mit einem kleinen Beispiel werden die Vorteile des multilateralen Clearings über die Berliner Zentrale illustriert: "Ein holländischer Schuldner, der eine Zahlung nach der Schweiz zu leisten hat, zahlt den geschuldeten Betrag bzw. dessen Gegenwert in seiner eigenen Landeswährung bei seinem Clearinginstitut ein, und der Betrag wird im Wege des niederländisch-deutschen Clearings nach Berlin überwiesen, grundsätzlich wie wenn es sich um eine Zahlung aus den Niederlanden nach Deutschland handeln würde. Und von Berlin aus erfolgt die Überweisung nach der Schweiz auf dem Wege des deutsch-schweizerischen Clearings. Das ist denkbar einfach und es bedarf dazu, nachdem zwischen Deutschland und den betreffenden Ländern einerseits sowie zwischen Deutschland und der Schweiz andererseits der Clearingsmechanismus bereits besteht, überhaupt keiner neuen Anlage."⁶¹

Neben diesen positiven Worten für die Vorreiterrolle NS-Deutschlands im mehrseitigen Zahlungsverkehr, beschwichtigte der Vorort dann aber, indem er das multilaterale Clearing als rein technisches Instrument bezeichnete. Er hielt das multilaterale Clearing als die weit bessere Methode gegenüber der rein bilateralen. "An die Vorzüge eines ungebundenen, freien Devisenverkehrs reicht auch das Zentralclearing ganz offenkundig bei weitem nicht heran. Dieser Massstab passt aber nicht in diese Zeit, und es ist deshalb falsch, an ihm zu messen."⁶²

Erwähnenswert ist der Einbezug neuer Staaten in den Clearingverkehr: Norwegen, Belgien und die Niederlande (Zentralclearing), Abkommen vom Sept./Okt. 1940, sowie mit Frankreich (23.10.1940 "Modus vivendi commercial provisoire").

⁶⁰ Vorort, 71. Jahresbericht, S. 14.

⁶¹ Vorort, 71. Jahresbericht, S. 14.

⁶² Vorort, 71. Jahresbericht, S. 16.

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 72. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1941/42 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Wiederum erwähnt der Jahresbericht an erster Stelle den Rückgang der Arbeitslosigkeit (von ca. 15'000 im Jahr 1940 auf 9'000 im Jahr 1941).

Handelspolitisch wird der Blockadepolitik der Alliierten sehr viel Raum gegeben. Die Blockade hinderte sowohl die Ein- als auch die Ausfuhr nach Übersee, aber auch der knappe Schiffsraum wurde bemängelt.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Schweden konnten 1941/42 intensiviert werden, wurde im Jahresbericht explizit und erfreut vermerkt.⁶³

Viele Ausführungen wurden zur Verfügung über die Schweizerischen Guthaben in den U.S.A. gemacht. Hier erfolgte die Trennung in „Export-Dollar“ und „Finanz-Dollar“.⁶⁴

Verrechnungsverkehr

Der Vorort wies darauf hin, dass die Schweiz auf 10 Jahre Erfahrungen mit dem Clearingverkehr zurückblicken könne. Mittlerweile entfielen 68.4% der Einfuhr und 72.5% der Ausfuhr bezogen auf den handelsstatistischen Wert auf den gebundenen Zahlungsverkehr.⁶⁵

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 73. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1942/43 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Als Ersatzmärkte nennt der Jahresbericht die „unablässige Pflege unserer Beziehungen beispielsweise mit Ländern wie Spanien, Portugal, Schweden oder mit Gebieten wie der Balkan und Südamerika.“⁶⁶ Dennoch litt der Export in diese Märkte unter der Blockade- und Gegenblockadepolitik.

Die Verhandlungen mit den Alliierten, welche von SHIV-Präsident Sulzer in London geführt wurden, wurden ausführlich im Jahresbericht erwähnt.

Der Bundesrat, bzw. der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, O. Zipfel, gelangte an den Vorort, die Möglichkeiten zu prüfen, um über eine Steigerung des Exportes die Beschäftigung

⁶³Vorort, 72. Jahresbericht, S. 36.

⁶⁴Vorort, 72. Jahresbericht, S. 37.

⁶⁵Vorort, 72. Jahresbericht, S. 41.

⁶⁶Vorort, 73. Jahresbericht, S. 10.

zu erhöhen. Das weist darauf hin, dass trotz niedrigster Arbeitslosenrate Befürchtungen über eine Beschäftigungsdepression in der Nachkriegszeit vorhanden waren. Diese Befürchtungen nahm der Bund sehr ernst. Die Antwort des Vororts an den Delegierten umfasst mehrere Seiten und wurde im Jahresbericht abgedruckt.⁶⁷

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 74. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1943/44 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Die Arbeitslosigkeit fiel nochmals auf mittlerweile 0.4% (4 arbeitslos gemeldete auf 1000 Erwerbstätige, im Vergleich 1938: 37 auf 1000 und 1942: 6 auf 1000).⁶⁸

Handelspolitik

Der Vorort bedauert vor allem die „fehlende Kontinuität“ in den Wirtschaftsverträgen mit den kriegführenden Staaten, eine Kontinuität, „die eigentlich eine der wichtigsten Voraussetzungen eines erspriesslichen internationalen Wirtschaftsverkehrs bildet“.⁶⁹ Die zweite Hälfte des Jahres 1943 war versorgungspolitisch besonders prekär, da während Monaten die Zufuhr von Nahrungsmitteln aus Übersee völlig unterbunden war. Als besonders stossend empfand der Vorort die Schwarze-Listen-Politik der Alliierten. „Auf diese Weise entstand die Gefahr der Bildung einer Nebenregierung, welche die Souveränität der Schweiz hätte berühren müssen.“⁷⁰ Der Bundesrat beschloss am 4.11. 1943, schweiz. Firmen zu verbieten, gegenüber fremden Regierungen Verpflichtungen einzugehen oder Erklärungen abzugeben über die Ein- und Ausfuhr von Waren.⁷¹

Auch der Vorort macht sich intensive Gedanken über die Aussenwirtschaftspolitik nach dem Krieg. Die Knappheit an internationalen Zahlungsmitteln (Gold und Devisen) betrachtet der Vorort seit den 30er Jahren als Hauptproblem, welches nach seiner Einschätzung auch nach dem Krieg weiterbestehen würde. Der Vorort erblickt eine gangbare Lösung nur über die Gewährung von Krediten an die kriegsversehrten Länder, um diese für schweizerische Waren abnahmefähig zu machen. Allerdings sollten diese Kreditvergaben von Fall zu Fall geprüft und streng bilateral geregelt werden.⁷² Neben dieser staatlichen Kreditvergabe erblickte der Vorort vor allem in der neuen Exportrisikogarantie vom 6.04.1939 eine weitere Möglichkeit

⁶⁷Vorort, 73. Jahresbericht, S. S. 98-113.

⁶⁸Vorort, 74. Jahresbericht, S. 7.

⁶⁹Vorort, 74. Jahresbericht, S. 16.

⁷⁰Vorort, 74. Jahresbericht, S. 16.

⁷¹Vorort, 74. Jahresbericht, S. 16f.

⁷²Vorort, 74. Jahresbericht, S. 18.

zur Exportförderung, durch welche insbesondere auch private Banken ermuntert würden, Exportgeschäfte zu kreditieren.⁷³

Der Vorort spricht vom wirtschaftlichen Druck auf die schweizerischen Firmen und ist empört, da „diese Firmen ihre Geschäftstätigkeit, insbesondere ihren Export und Import, streng im Rahmen der schweizerischen Vorschriften hielten“.⁷⁴ Vorschriften, welche laut Vorort wieder durch zwischenstaatliche Vereinbarungen abgesichert waren. Der Vorort unterstellte deshalb dem Blacklisting Motive, welche über die zwischenstaatlichen Regelungen hinausführen würden. „Eine derartige Einmischung in die innerschweizerischen Verhältnisse konnte die Schweiz, die sich fortwährend bemühte, den Ausgleich der Interessengegensätze in den zwischenstaatlichen Verhandlungen zu finden, nicht zulassen.“⁷⁵ Der Vorort unterstützte deshalb den Beschluss des Bundesrates vom 4.11.1943 über das Verbot von Verpflichtungen betreffend den Aussenhandel gegenüber fremden Behörden betreffend den Warenverkehr, gegenüber dritten Regierungen direkt oder indirekt Verpflichtungen betreffend den Aussenhandel einzugehen.⁷⁶

Mit Deutschland versuchte man, ein Gleichgewicht im Handel herbeizuführen, „was nur durch eine wesentliche Reduktion der Ausfuhr zu erreichen war.“ Mit den USA und weiteren Dollarländern gab es Transferschwierigkeiten, mit England war der Handelsverkehr ebenfalls stark devisenpolitisch kontrolliert, so dass Ersatzmärkte eine bedeutende Stellung erreichten, vorab Portugal, Spanien und Schweden.⁷⁷ Aber auch andere Staaten wurden offenbar permanent beackert.

Schweden stieg weiterhin auf in der Bedeutung für den schweizerischen Aussenhandel. Die Schweiz wurde für Schweden zum zweitwichtigsten Partner, Schweden für die Schweiz zum drittwichtigsten (nach Deutschland und Italien). Gegenüber 1936 hat sich die Einfuhr aus Schweden 1943 verzehnfacht, die Ausfuhr versechsfacht.⁷⁸ Besonders erfreulich, so der Vorort, sei, „dass sich dieser ganze Handelsverkehr fast ohne Störungen und Beschränkungen abwickeln liess.“⁷⁹

⁷³Vorort, 74. Jahresbericht, S. 18.

⁷⁴Vorort, 74. Jahresbericht, S. 38.

⁷⁵Vorort, 74. Jahresbericht, S. 38.

⁷⁶Vorort, 74. Jahresbericht, S. 38.

⁷⁷Vorort, 74. Jahresbericht, S. 39.

⁷⁸Vorort, 74. Jahresbericht, S. 40.

⁷⁹Vorort, 74. Jahresbericht, S. 40.

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 75. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1944/45 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

In diesem ersten Jahresbericht nach dem Ende des Krieges beginnt bereits die Rechtfertigung des Wirtschaftsverkehrs mit Deutschland und der Achse. Der Vorort weist vor allem auf den Einfuhrüberschuss mit der Achse und den von der Achse beherrschten Ländern hin. Den Alliierten wirft der Vorort vor, diese hätten immer wieder versucht, die Schweiz dazu zu bringen, den Handel mit der Achse zu begrenzen. „Unter diesen Voraussetzungen hätte ein vorzeitiges Entgegenkommen der Schweiz zwangsläufig zu einem starken Rückgang des Wirtschaftsverkehrs mit der Achse führen und damit auch zu einer Erschütterung der schweizerischen Wirtschaft, ja unter Umständen auch unabsehbare politische Folgen haben können.“⁸⁰

Der Vorort bezeichnete die Forderungen der Alliierten in den Currie-Verhandlungen als über „die bisher der Schweiz bekannten Wünsche“ hinausgehend. Neben der vollständigen Einstellung des Transitverkehrs über den Gotthard und der Einstellung des Warenverkehrs mit Deutschland verlangten die Alliierten auch die Anerkennung der in Bretton Woods gefassten Resolutionen „betreffend die Feststellung aller in den neutralen Ländern befindlichen Vermögenswerte des Feindes und dessen Beutegut sowie die spätere Auslieferung dieser Werte.“⁸¹ Der Vorort hält viel darauf, dass die Schweiz bis zuletzt den alliierten Forderungen getrotzt habe und die Ausfuhr von elektrischer Energie nach Deutschland nur deshalb eingestellt worden sei, weil Deutschland nichts mehr gegenliefern konnte. Das Prinzip des „selbsttragenden Clearings“ versagte, was schliesslich die Blockierung der deutschen Guthaben in der Schweiz ermöglichte. So sah es der Vorort, kein Wort von Unrechtsregime, von Gerechtigkeit etc. Die Argumentation verläuft auf einer die schweizerische Souveränität übersteigerten Ebene.⁸²

Als grösste Gefahr im Jahr 1945 betrachtete der Vorort die Kohlenversorgung, welche er als das mittelfristig ungelöste Problem bezeichnete.⁸³ Ausserdem gestalteten sich die Transportverhältnisse durch Frankreich, durch Italien (Genua und Savona) und über den Rhein als prekär.⁸⁴

Das Kohleproblem veranlasste den Vorort 1945 ebenfalls dazu, von den Erfolgen der guten Beziehungen mit Nazi-Deutschland zu sprechen.

⁸⁰Vorort, 75. Jahresbericht, S. 14.

⁸¹Vorort, 75. Jahresbericht, S. 14.

⁸²Vorort, 75. Jahresbericht, S. 15.

⁸³Vorort, 75. Jahresbericht, S. 15.

⁸⁴Vorort, 75. Jahresbericht, S. 15.

Die Beziehungen zu Schweden erreichten 1944 ihren Höhepunkt, als Schweden das zweitwichtigste Zielland schweizerischer Exporte wurde (nach Schweden wurden vor allem Textilien, Textilmaschinen und pharmazeutische Produkte geliefert).⁸⁵

Der Vorort äusserte sich auch zur UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration). Da es sich um eine einseitige Organisation der kriegführenden Staaten handelte, kam für die Schweiz ein Beitritt nicht in Frage, erklärte der Vorort. Dennoch verhandelte die Schweiz mit der UNRRA über den Bezug schweizerischer Waren. Konkrete Resultate lagen allerdings nicht vor.⁸⁶

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 76. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1945/46 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Der Vorort wird überrascht von der ausbleibenden Rezession und der geringen Arbeitslosigkeit. „Mit Recht spricht man zur Zeit von einer eigentlichen Überbeschäftigung.“⁸⁷ Schon 1946 spricht der Vorort vom erfolgreichen Herausführen der Schweiz aus der Isolation. Auch wird die Neutralitätspolitik hervorgehoben, welche als wesentliches Argument in den Verhandlungen mit den Alliierten (Currie-Verhandlungen vom 8. März 1945) mitgebraucht wurde, um die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland während des Krieges zu rechtfertigen.⁸⁸

Als besonders wichtig auf dem Weg zur Reintegration der Schweiz in die Weltwirtschaft bezeichnet der Vorort die Abkommen zwischen März und Juni 1945 mit den Frankreich, der belgisch-luxemburgischen Union und mit der Tschechoslowakischen Republik (August), mit Schweden und Grossbritannien (März 1946).⁸⁹

Nur durch Gewährung von Krediten konnten die kriegsversehrten Länder dazu bewogen werden, schweizerische Waren zu beziehen (Ausnahme: belgisch-luxemburgische Union, Tschechoslowakischen Republik). Diese neuen Abkommen in Form von Zahlungsabkommen beruhten auf Währungskrediten der Zentralbanken, welche bis zu einem vereinbarten Kredit überzogen werden durften. Der Vorort begrüsst die Flexibilisierung des neuen Zahlungsmodus'.⁹⁰

Zum wirtschaftlichen Wiederaufbau: Für den Vorort ist es wichtig, dass das Engagement der Schweiz zum Wiederaufbau in Europa nicht „mit den Werken der Wohltätigkeit, welche die

⁸⁵Vorort, 75. Jahresbericht, S. 39f.

⁸⁶Vorort, 75. Jahresbericht, S. 40.

⁸⁷Vorort, 76. Jahresbericht, S. 7.

⁸⁸Vorort, 76. Jahresbericht, S. 9.

⁸⁹Vorort, 76. Jahresbericht, S. 10.

⁹⁰Vorort, 76. Jahresbericht, S. 11.

Schweiz unterstützt oder selbständig unternimmt,“ verwechselt würde. „Dieser Unterschied wurde zwar nicht nur im Ausland, sondern auch in der Schweiz nicht immer beachtet.“⁹¹

Schweizerischer Handels- und Industrieverein, 77. Jahresbericht und Mitteilungen über die vom Vorort im Vereinsjahr 1946/47 behandelten Geschäfte, erstattet vom Vorort an die Delegiertenversammlung

Der Vorort vermeldet Hochkonjunktur. Der Vorort befürchtete, dass die Aussenhandelspolitik zur „Erprobung gefährlicher konjunkturpolitischer Experimente auserkoren“ würde.⁹² Er lehnte es ab, analog zu Kanada und Schweden eine Währungsaufwertung zur Drosselung der Konjunktur durchzuführen.

⁹¹Vorort, 76. Jahresbericht, S. 11.

⁹²Vorort, 77. Jahresbericht, S. 13.